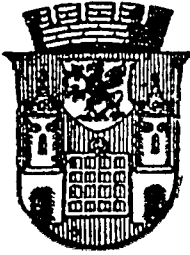


Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschein besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Unterhaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen - Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 105

Dienstag, den 6. Mai 1930

37. Jahrgang

Chronik des Tages.

* Auf der Tagung des westfälisch-lippischen Wirtschaftsverbandes sprach Reichsfinanzminister Dr. Maltenhauer in programmatischer Form über Reichsreform und Wirtschaft.

* Ministerpräsident Brauns hielt gelegentlich der Beratung des Haushalts im Hauptausschuß des Preussischen Landtages eine längere Rede, in der er die Politik des Staatsministeriums rechtfertigte.

* Zu einer Schlägerei zwischen Monarchisten und Republikanern kam es in Madrid anlässlich eines Vortrages Unamunos, der für die Beseitigung des Königs eintrat.

Brünnings Programm.

Dortmund, 6. Mai.

Auf dem Provinzial-Parteitag der westfälischen Zentrumspartei hielt Reichskanzler Dr. Brüning eine Rede, in der er ausführte: Das Rassenanierungsprogramm ist angenommen; doch werden wir in kürzester Frist uns immer wieder in der Regierung den Kopf zerbrechen müssen, wie wir die Sanierung der Arbeitslosenversicherung durchführen. Diese Sanierung muß angepackt werden, als wenn das Kabinett Müller noch bestände. Minister Severing hat vor 14 Tagen eine Rede gehalten, als ob die Auflösung des Kabinetts Müller zurückzuführen sei auf sehr sorgfältig überlegte Pläne, und daß sie letzten Endes nichts anderes zum Zwecke gehabt hätte, als den berühmten Panzerkreuzer B. Ich muß gestehen, ich habe in den letzten Monaten sehr viele andere Sorgen gehabt, als mich überhaupt um den Panzerkreuzer B zu kümmern. Was der Reichsrat beschlossen hat, ist nichts anderes, als daß ein Vierteljahr früher mit dem Bau dieses Panzerkreuzers B begonnen werden soll. Die Regierung soll eine Rechtsregierung sein nach Behauptung der Sozialdemokraten; aber gerade sie haben sich fast in Übereinstimmung mit dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Herrn Hugenberg, auf das schärfste gegen dieses Kabinett ausgesprochen. Weiterhin hat Graf Westarp, der Führer des gemäßigten Flügels der Deutschnationalen neuerdings ebenfalls erklärt, daß es nicht möglich sei, diese Regierung zu unterstützen, da man die oppositionelle Haltung auch in Zukunft von Fall zu Fall aufrechterhalten würde. Ich glaube im übrigen, daß man in deutschen Wölfe doch in sehr starkem Maße einsieht, daß nach der Demission des Kabinetts Müller die Zeit zum Handeln endlich gekommen sein muß und nicht zum ewigen Verhandeln, da über dem Verhandeln der Kredit Deutschlands nach der finanziellen und politischen Seite unterminiert worden wäre. Das Parlament, wenn es Sinn hat, ist nicht dazu da, Agitationspolitik der Parteien zu treiben, sondern das Parlament ist dazu da, Verantwortung zu übernehmen für das ganze Volk und für seine Zukunft. Wir haben ein Interesse an der Konsolidierung der Dinge auf lange Sicht. Wir werden uns bemühen, ein Programm aufzustellen und unter allen Umständen zur Annahme zu bringen, das die Grundlage für die Wiederaufwärtsentwicklung des deutschen Volkes in den nächsten fünf Jahren bringen muß. Der Reichskanzler wandte sich dann dem D i p t o m zu und betonte, daß vor allem der Landwirtschaft Hilfe durch die Förderung neuer Ansiedlungen und Vergrößerung kleinbäuerlicher und mittlerer Betriebe gebracht werden solle. Die Regierung wolle durch ein langfristiges Programm die Wirtschaft schrittweise zur Erholung bringen, um des Problems der Arbeitslosigkeit aus dem innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnissen heraus Herr zu werden. Die Regierung müsse den Reichstag vor neue Aufgaben stellen. Er sei Anhänger eines guten parlamentarischen Systems und seine Partei habe den ehrlichen Willen zu einer wirklichen Demokratie, aber es sei für ein Land gefährlich, wenn die Parteien nicht bereit seien, die Konsequenzen der verfassungsmäßig veranordneten Demokratie zu ziehen und die Verantwortung wirklich zu tragen.

Vor dem Reichskanzler hatte Dr. Stegerwald in einer großangelegten Rede über die aktuellen Probleme der deutschen Wirtschaft und der Sozialpolitik gesprochen. Anhand eines reichen Zahlenmaterials zeigte er die kritische Lage der Wirtschaft und die finanzielle Bedrängnis des Reiches auf und schilderte eingehend die Schwierigkeiten der Frage der Arbeitslosenversicherung.

Zum Schluß nahm der Provinzialparteitag eine Entschliebung an, die der Regierung volles Vertrauen ausspricht.

Verbot flugakrobatischer Vorführungen?

Berlin, 6. Mai.

Die preussische Regierung beabsichtigt, nach erneuter Prüfung der Sachlage in den nächsten Tagen ein Verbot aller Veranstaltungen zu erlassen, bei denen Flugakrobatik in irgendeiner Form dem Publikum zu Unterhaltungszwecken vorgeführt wird. Der Erlaß der entsprechenden Verordnung wird zurzeit von dem für diese Veranstaltungen zuständigen preussischen Handelsministerium vorbereitet.

Brauns Rechtfertigung.

Eine Rede im preussischen Hauptausschuß.

Berlin, 6. Mai.

Im Hauptausschuß des Preussischen Landtages wurde die feiner Zeit infolge Obstruktion der Kommunisten abgebrochene Vorberatung des Haushaltes des preussischen Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten fortgesetzt. In der Aussprache übte namentlich der deutschnationale Redner scharfe Kritik an der Politik des Staatsministeriums.

Ministerpräsident Brauns

ermüdete auf die in der Aussprache laut gewordenen Fragen in einer längeren Rede. Er erklärte, es sei völlig falsch, wenn man davon rede, daß bei der Auswahl der Regierungs- und Oberpräsidenten irgendein Parteigedankpunkt hervorgetreten sei. Eine derartige Bevorzugung einer einzelnen Richtung, die im monarchistischen regierten Preußen an der Tagesordnung gewesen sei, sei bei der heutigen Koalitionsregierung praktisch unmöglich. Die Jurisdisposition-Stellung der hannoverschen Landräte habe er selbst für unbedingt notwendig gehalten. Die Staatsregierung habe sich die Vorgänge im Provinziallandtag im Interesse ihres Ansehens nicht bieten lassen können.

Neuerdings hervorgetretene Wünsche auf Abspaltung Hannovers vom preussischen Staat, die sich an diesen Vorfall knüpfen, könne er nicht tragisch nehmen. Diese Dinge miteinander zu vermischen, offenbare einen Mangel an Staatsgefähigkeit.

Begüglich des Volkstrauertages müsse er feststellen, daß der Trauertag in dieser Form nicht aus der Stimmung weitester Volksschichten herausgewachsen sei, sondern das Ergebnis der Bemühungen eines Vereins sei, der sich nicht auf seine eigentlichen Aufgaben beschränkte und von dem Uebel der Vereinsmeierei angesteckt worden sei.

Wenn einmal die Regierung einen amtlichen Volkstrauertag neben den schon bestehenden religiösen Gedenktagen für nötig hielte, dann würden Reich und Länder sich auf einen Tag einigen, damit etwas anderes zu stande komme, als ein Vereinstrauertag.

Die Bestellung eines Reichsparckommissars für Preußen sei ein abwegiger Gedanke. Es sei nicht möglich, in Preußen noch mehr einzusparen, als schon jetzt leider gespart werde; denn diese Ersparnisse gingen oft auf Kosten der Schul- und Kulturpolitik.

Zu der Frage des Anschlusses kleiner Länder an Preußen und der Reichsreform betonte der Ministerpräsident, die Staatsregierung habe bisher zum Bericht der Ausschüsse der Länderkonferenz noch nicht Stellung genommen, da diese Arbeiten noch nicht beendet seien. Im Interesse der Konsolidierung des Reiches begrüße er jeden Anschluß eines kleinen Landes an Preußen.

Um die Ausschussreferate.

Haushaltsausschuß des Reichstags.

Berlin, 6. Mai.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags begann die Beratung des Haushalts für 1930.

Vor Eintritt in die Verhandlungen beantragte Abgeordneter von Lindener-Wildau (Christl.-nat. Urb.-Gem.), festzustellen, daß der Abgeordnete Dr. Hoehsch das Referat über den Haushalt des Auswärtigen Amtes behält. Von der deutschnationalen Fraktion war demgegenüber ein Schreiben eingegangen, in dem sie mitteilt, daß an Stelle des ausgeschiedenen Professors Hoehsch das Referat über das Auswärtige Amt Freiherr von Freytagh-Loringhoven übernimmt. Für den Abgeordneten Dr. Mumm soll das Referat über den inneren Haushalt Frau Lehmann erhalten.

Nach eingehender Aussprache wurde beschlossen, die Ausschussvorsitzenden mit einer Prüfung der Verteilung der Referate zu beauftragen.

Bei der Beratung der Vorgriffe über den Nothaushalt hinaus bewilligte der Ausschuß einen Betrag von 38 Millionen Mark zur Förderung der Bewegung der Getreidernte. Zur Vollerfüllung des Mittellandkanals, und zwar der Bleichschperre, wurde als dringlich eine erste Rate im Betrage von 450 000 Mark bewilligt.

Beim Haushalt des Reichskanzlers wurde mit 18 gegen 16 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten ein Antrag der Deutschen Volkspartei, die Gesandtschaft in München als künftig wegfällig zu bezeichnen, angenommen.

Auch die Reichszentrale für Heimatdienst wurde auf deutschnationalen Antrag mit 16 gegen 14 Stimmen als künftig wegfällig bezeichnet.

Für den Antrag stimmten auch die Kommunisten, die Bayerische Volkspartei, die Wirtschaftspartei und die Christlich-nationalen. Im übrigen wurde der Haushalt angenommen.

Eine zweite Rede Unamunos.

Prägelien zwischen Monarchisten und Republikanern.

Madrid, 6. Mai.

Der republikanische Universitätsprofessor Unamuno hielt in einem der größten Madrider Kinos vor etwa 4000 Gleichgesinnten eine Rede, in der er seine Angriffe auf den König fortsetzte. Er verglich dabei den König mit einem Stein auf einem Fußballplatz, der den beiden Parteien, Monarchisten und Republikanern, im Wege sei, weshalb er zu beseitigen sei. Zwischenrufe „Nieder mit dem König“ erfolgten mehrmals.

Merkwürdigerweise schritt der Vertreter der Regierung gegen Unamuno und die Zwischenrufer nicht ein. Die Versammlung verlief im allgemeinen ruhig; eine Störung trat nur ein, als eine Gruppe von 20 bis 30 jungen Monarchisten in den Saal eindrang und bei dem entstehenden Handgemenge den Sozialistenführer Prieto leicht verletzten. Größere Ansammlungen von Demonstranten auf den Straßen konnten von der Polizei leicht auseinandergetrieben werden, aber die blutigen Köpfe werden sich nicht so schnell abkühlen, sondern man muß, wenn der geistige Führer der revolutionären Bewegung seine Wirksamkeit mit solcher Schärfe weitertreibt, noch auf allerhand gefaßt sein.

Präfektenschub in Frankreich.

Widerprüchsvolle Aufnahme im Elsaß.

Strasbourg, 6. Mai.

Tardieu hat ein großes Revoirment der Oberbeamten in der Provinz, darunter auch im Elsaß, wo die Präfekten Borroni und Sufini daran glauben mußten, vorgenommen.

Die selbst für seine nächsten Berater in elsaß-lothringischen Dingen überraschend gekommene Entfernung der beiden letztgenannten von ihren Posten in Strasbourg und Kolmar hat auch durch die Versicherung Tardieus nicht an Bedeutung verloren, daß er damit eine neue Politik nicht ankündigen wollte. In autonomistischen Kreisen hatte man sofort bei Bekanntwerden der Umbelegung erklärt, daß den Elsässern mit einem Postenwechsel nicht gedient ist, sondern daß sie greifbare Reformen in Verwaltung, Schule, Gericht usw. fordern.

Mit der Neubesetzung der Präfekturen in Strasbourg und Kolmar verbindet Tardieu auch eine Veränderung in der Pariser Generaldirektion für Elsaß-Lothringen, der obersten französischen Verwaltungsstelle für die wiedergewonnenen Provinzen. Einer ihrer höchsten Beamten, Ansonz, soll durch den jetzigen Unterpräfekt (Kreisdirektor) Le Hoc in Hagenau ersetzt werden.

Le Hoc, der sofort nach dem Waffenstillstand nach Hagenau gekommen ist, hat sich einen wenig rühmlichen Namen gemacht durch die gefehlwidrige Behinderung der ersten Wahl zur Kammer.

Politische Rundschau.

Vor dem Inkrafttreten des Youngplanes. Wie die Londoner „Times“ hören, werden die Regierungen von Großbritannien und Italien jetzt auch den Youngplan ratifizieren. Der Plan werde damit in Wirksamkeit treten.

Unverständliche englische Sonderforderungen. Die englischen Bankiers sollen für die deutsche Tributdarlehen besondere Bürgschaften in Form einer Hypothek auf die deutschen Reichseisenbahnen gefordert haben.

Die Spannung zwischen England und Afghanistan behoben. Die gespannten Beziehungen zwischen der britischen und afghanischen Regierung sind nunmehr durch ein beide Teile befriedigendes Abkommen behoben worden, so daß die Gesandtschaft nach Kabul zurückkehren wird.

Kreuznach besatzungsfrei.

Bad Kreuznach, 6. Mai. Der letzte Adjutant als Vertreter der französischen Besatzungsbehörde verabschiedete sich von der Stadt, nachdem der Abzug der Besatzung in den letzten Wochen stillschweigend und ohne irgendwelche offizielle militärische Form stattgefunden hatte. Zugleich wurde das letzte militärische Gebäude an die zuständige deutsche Behörde zurückgegeben. Alle Kasernen sind jetzt geräumt und frei, und nur noch einige Gendarmen und Beauftragte der Sicherheitspolizei verbleiben noch einige Wochen bis zum offiziellen Räumungsschluß in der Stadt.

Doumergue in Algier.

Paris, 6. Mai. Der Präsident der Republik, Doumergue, hat nach einem Empfang der zivilen und militärischen Behörden in Algier die Führer der Eingeborenen-Stämme empfangen. Nach alter Ueberlieferung machten die Eingeborenen dem Präsidenten ein prachtvolles Pferd zum Geschenk. Am Nachmittag wurde das Denkmal des früheren französischen Präsidenten Viviani eingeweiht.

Die Arbeitsverhältnisse im englischen Bergbau.

London, 6. Mai. Der Generalsekretär der Bergarbeitergewerkschaft, Cool, erklärte in einer Rede in Dowlais, daß die